

Mitteilung des SprecherInnenrats der Friedrich-Alexander-Universität

Die tun was!

Eure Studierendenvertretung im Porträt

Seit dem WS 2004/2005 tut sich wieder was in der Studierendenvertretung: Der SprecherInnenrat (SpRat) hat die dunklen Hinterzimmer verlassen und macht wieder Hochschulpolitik für Euch, die Studierenden. „Auch wenn wir als Studierendenvertretung in Bayern wenig echte Mitentscheidungsmöglichkeiten haben, wollen wir jede Gelegenheit nutzen, um die studentischen Interessen gegenüber der Uni, dem Studentenwerk oder der Stadt zu vertreten. Bei der Uni und beim Studentenwerk stoßen wir oft auf offene Ohren, so dass wir bereits einige Anliegen der Studierendenenschaft durchsetzen konnten“, sagt Hansi Schmidt. Hansi studiert im sechsten Semester Maschinenbau und ist in seiner FSI sowie als Sprecherrat aktiv.

Christian Rieß (Sprecherrat, Informatik 10. Semester, FSI) ergänzt ihn: „Als Erstes konnten wir eine bessere Geldverteilung für die Fachschaften durchsetzen, von der Studierendenvertretungen kleiner Fakultäten profitieren, die meist sehr aktiv sind,

ohne dass die der großen finanziell geschwächt werden. Überdies unterstützen wir verschiedene studentische Initiativen auf Uniebene vom Theaterfestival Arena über das Hörkunsthörfestival bis hin zum Öko-referat und zum AK Geschlechtergerechtigkeit.“

„Schwerpunkt unserer Arbeit war und ist das Thema Studiengebühren“, meint Sprecherrat Florian Braunreuther (Politik., 6. Sem) von der Grünen Hochschulgruppe. „Für uns stehen dabei die Studierendeninteressen klar im Mittelpunkt. Das heißt, wir informieren unsere KommilitonInnen über den Stand der Dinge, unterstützen den Kampf gegen Studiengebühren und führen aber gleichzeitig mit der Hochschulleitung vielversprechende Verhandlungen über die lokale Ausgestaltung von Gebühren. Dies halten wir für sinnvoll, weil sich die CSU-Mehrheit im Landtag leider von unseren guten Argumenten nicht umstimmen ließ und fest vor hat, Studiengebühren zum SoSe 2007 einzuführen.“



Oben: C. Rieß, H. Schmidt / Unten: F. Braunreuther, J. Baßler, L. Meintker

Lisa Meintker, Medizinstudentin im 8. Semester und Sprecherrätin vom RCDS fügt hinzu: „Obwohl wir hinsichtlich der Einführung von Studiengebühren grundsätzlich unterschiedliche Meinungen vertreten, gelingt es uns, eine zwar kontroverse, aber dennoch konstruktive Diskussion zu diesem und anderen Themen zu führen, bei der dann auch vorzeigbare Ergebnisse erzielt werden. Dies wiederum kommt unseren Mitstudierenden zugute.“

Studiengebühren beschlossen

Dennoch gibt es viel zu tun!

Studiengebühren sind beschlossene Sache! Alle Proteste, Streiks und Demos konnten die Einführung von Studiengebühren nicht verhindern. Bald tritt das neue Bayerische Hochschulgesetz in Kraft, auf dessen Grundlage alle Studierenden ab dem Sommersemester 2007 Studiengebühren zahlen müssen.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 26.1.2005 hatte das bundesweite Verbot von Studiengebühren gekippt und deren Erhebung in den einzelnen Bundesländern ermöglicht. Klar war, dass die Bayerische Staatsregierung Studiengebühren einführen wollte. Deswegen wurde vielerorts protestiert, gestreikt und besetzt. Auch gab es massenweise Diskussionsrunden und Gespräche über Pro und Contra, Sinn oder Unsinn und vor allem Auswirkungen von Studiengebühren. Die Verantwortlichen ließen sich jedoch nicht über

die Maßen beeinflussen und so werden Studiengebühren kommen.

Keine Studiengebühren müsst ihr zahlen, wenn ihr beurlaubt seid oder auf eure Promotion oder ähnliches hinarbeitet. Wenn ihr ein Kind habt, welches jünger ist als 10 Jahre oder mindestens zwei eurer Geschwister noch in der Ausbildung und unter 27 Jahren sind, könnt ihr einen Antrag stellen und müsst dann von Studiengebühren befreit werden.

Alle anderen, die Studiengebühren zahlen müssen, sich dies aber nicht wirklich leisten können, sollen nach den Plänen der Bayerischen Staatsregierung die Möglichkeit eines Bildungskredits bekommen. Dieser wird unabhängig vom Studienfach und dem Einkommen der Eltern gewährt. Die Rückzahlung muss spätestens zwei Jahre nach Studienabschluss beginnen und es fällt ein Zinssatz von 6,5 bis 8,1 % an.



diesen Punkten hat sich der SprecherInnenrat (Sprat) den Kopf zerbrochen, weil er hier die Möglichkeit sieht, Einfluss zu nehmen. Wohl oder übel will die Hochschulleitung einen einheitlichen Betrag von 500 € für jeden Studiengang an der FAU festsetzen. Daran gibt es wahrscheinlich nichts zu rütteln. Der Sprat ist jedoch der Ansicht, dass es maßgeblich die Studierenden sein müssen, die über die Verwendung der Geldern entscheiden, wenn sie Studiengebühren bezahlen müssen. Die zentrale Forderung des Sprats ist daher die Einrichtung von Gebührenausschüssen an jeder Fakultät und an der gesamten Uni. Diese sollen mit 50 % Lehrenden (Professorinnen und Professoren, wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) und mit 50 % Studierenden besetzt sein. Wichtig ist, dass möglichst viel Geld an den einzelnen Fakultäten ankommt, so dass der Gebührenausschuss vor Ort entscheiden kann, was mit den Einnahmen aus Studiengebühren finanziert werden soll.

Auch ihr habt die Möglichkeit, auf die konkrete Ausgestaltung vor Ort Einfluss zu nehmen. Ihr müsst einfach wählen gehen! Stärkt uns den Rücken, indem ihr die Wahlbeteiligung endlich in die Höhe treibt! Wenn wir sagen können, dass wir für mindestens 50 % der Studierenden sprechen, dann können wir viel stärker verhandeln und haben bessere Chancen, unsere Forderungen durchzusetzen.

Weitere Infos zur Hochschulwahl gibt's unter www.sprecherrat.uni-erlangen.de/

Konvent öffentlich

19.6. 18h Kollegienhaus 2.020

Wie soll die FAU die Studiengebühren verteilen? Sollen einzelne Fakultäten bevorzugt werden? Wie sollen Studenten an der Verteilung beteiligt sein? Und wofür soll das Geld verwendet werden?

Die Hochschulleitung arbeitet derzeit die Gebührensatzung für die FAU aus – am 21. Juni hat der Sprecherrat Gelegenheit, die Vorstellungen der Studierenden der Hochschulleitung darzulegen. Nachdem der bisherige Entwurf keineswegs die Forderungen des Konvents nach „angemessener“ Mitbestimmung erfüllt, müssen wir hier noch viel Überzeugungsarbeit leisten.

Zwei Tage davor findet am 19.6. um 18 Uhr im Hörsaal 2.020 im Kollegienhaus eine große öffentliche Konventssitzung statt, um die Positionen zu klären, die der Sprecherrat vertreten soll. Als Diskussionsgrundlage existiert ein Papier der Hochschulleitung, deren wichtigste Punkte zu Beginn der Sitzung vorgestellt werden, außerdem werden (die für uns Studierende interessanten) Abschnitte des neuen Hochschulgesetzes allgemein erläutert. Des Weiteren stellt der Sprecherrat einen alternativen Satzungsentwurf vor, der die Interessen von uns Studierenden wesentlich stärker widerspiegelt.

Alle Studierenden sind aufgefordert, sich an der Sitzung und der Debatte zu beteiligen, wir sprechen über unsere Gebühren, und unsere Ausbildung!

Zum Vormerken: Zu Ende des Sommersemesters oder Beginn des Wintersemesters ist eine Vollversammlung aller Studierenden geplant, um die bisherigen Ergebnisse der Verhandlungen vorzustellen. Das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren will dabei auch ein Stimmungsbild einholen, ob und wie es seine Arbeit fortführen soll.



Protest gegen Gebühren auf dem Schlossgartenfest '05

Viele Detailfragen sind allerdings den einzelnen Universitäten überlassen. So kann die Friedrich-Alexander-Universität (FAU) darüber entscheiden, welcher Betrag zwischen 300 bis 500 € für welchen Studiengang erhoben wird. Sie kann entscheiden, was mit dem eingenommenen Geld passiert und kann bestimmen, wie sehr Studierende mitentscheiden dürfen. Zu all

50 Prozent sind nicht über Gebühr!

Warum paritätisch besetzte Gebührenausschüsse notwendig sind / KOMMENTAR VON FLORIAN M. BRAUNREUTHER

Am 18. Mai hat die Zwei-Drittel-Mehrheit der CSU im Bayerischen Landtag das neue Hochschulgesetz und damit die Einführung von Studiengebühren zum Sommersemester 2007 beschlossen. Über ein Jahr haben wir Studierenden uns auf verschiedenste Weise dagegen gewehrt – leider vergeblich. Was können wir jetzt noch tun? Massenproteste wie in Frankreich? Bedauerlicherweise sind wir Deutschen offensichtlich nicht dazu bereit, wie die zunehmende Resignation der letzten Monate, auch in der Anti-Gebühren-Bewegung, gezeigt hat.

Neben der Einführung von Gebühren sieht das neue Hochschulgesetz auch vor, dass die Universitäten die Erhebung und Verteilung der Gelder in einer Satzung selbst regeln. Hier setzen wir als SprecherInnenrat (SpRat) an: Wir wollen aus der – vor allem für finanziell schlechter gestellte Studierende – mehr als schwierigen Situation das Beste rausholen. Das heißt, wir nehmen Rektor Karl-Dieter Gröske beim Wort. Dessen Versprechen, „seine“ Studierenden bei der Verteilung der Gebühren angemessen zu beteiligen, wurde in den Nürnberger Nachrichten vom 19. Mai 2006 wiederholt. Weiter wird er dort zitiert: „Die Studierenden wissen doch am besten, wo der Schuh drückt, das werde ich doch nicht ohne deren Votum entscheiden.“ Bravo!

Doch was bedeutet „angemessen“ – wie es auch im neuen Hochschulgesetz heißt? Wir meinen, dass die Studierenden maßgeblich, das heißt, auf gleicher Augenhöhe

mit den Lehrenden, über mindestens noch 80 % des Gebührenaufkommens in den Fakultäten, das diesen entsprechend der Zahl ihrer Studierenden zugewiesen werden soll, mitentscheiden müssen. Nur auf Fakultätsebene kann nach unserer Erfahrung sinnvoll über die Verwendung der Gebühren entschieden werden. Die gleiche Augenhöhe sehen wir nur dann verwirklicht, wenn die Entscheidung in einem neuen Gre-



mium – dem Gebührenausschuss – fällt, das je zur Hälfte mit Lehrenden und Studierenden besetzt ist. Die studentische Seite des Ausschusses soll mit einer bestimmten Anzahl (nach Größe der Fakultät) der bei der Hochschulwahl gewählten FachschaftsvertreterInnen besetzt werden, die der Lehrenden mit Personen, die der Fachbereichsrat bestimmt. Analog dazu wollen wir einen Ausschuss, der über Mittel entscheidet, die sinnvollerweise uniweit (zum Beispiel fürs Rechenzentrum oder die Hauptbibliothek) eingesetzt werden.

Wir sind der festen Überzeugung, dass nur durch die paritätische Besetzung ein konstruktiv-kritischer Dialog zwischen Lehrenden und Studierenden stattfinden kann, der ja ausdrücklich von Staatsregierung, Landtagsmehrheit, Hochschulleitung und der überwältigenden Mehrheit der Lehrenden und Studierenden gewünscht wird. Blo-

ße Anhörungs- und Beratungsrechte sind uns zu wenig und führen nicht zwangsläufig zur Verbesserung der Lehre und schon gar nicht zu einem neuen Verhältnis zwischen Lehrenden und Studierenden. Es würde so weitergehen, wie bisher, „nur“ dass die Studierenden Geld zahlen müssen, über dessen Verwendung sie dann noch nicht einmal wirklich mitentscheiden dürfen. Das wollen wir nicht, sind es doch in der Tat die Studierenden (mündige BürgerInnen), die am besten wissen, „wo der Schuh drückt“.

Auf die Kompetenz und Erfahrung der Lehrenden wollen und können wir nicht verzichten – das steht fest. Vielmehr sind wir uns sicher, dass der Gedankenaustausch, an dem Lehrende wie Studierende als gleichberechtigte PartnerInnen aktiv teilnehmen, zu einem fruchtbaren und für beide Seiten gewinnbringenden Entscheidungsprozess werden kann. Ex post stattfindende Evaluationen (wenn das Kind vielleicht schon in den Brunnen gefallen ist!), der Wechsel an eine „bessere“ Uni oder lediglich Anhörungsrechte können dies nicht ersetzen.

Unser dringender Appell an die Hochschulleitung und die Lehrenden daher: Seien Sie mutig! Beschreiten Sie mit uns gemeinsam neue Wege in die Richtung eines für beide Seiten (noch) besseren Lern- und Lehrprozesses, in die Richtung zu mehr Autonomie der Hochschule und der Fakultäten. Wir freuen uns auf den Dialog unter neuen, demokratischeren und konstruktiveren Vorzeichen!

Mensachef im Konvent

Meyer: „Zu wenig Finanzmittel“

Eine Menge Fragen an die Verpflegungswerke stauten sich von Seiten der Studierenden auf. Deshalb wurde der Leiter der Mensen Mathias Meyer zu der Sitzung des studentischen Konvents am 2. Mai eingeladen. Fast eine Stunde lang gab Meyer zu den verschiedenen Anliegen Auskunft. In manchen Punkten konnten wir auch konkrete Verbesserungsvorschläge einbringen, zum Beispiel wird die Cafeteria am Südgelände in den Sommermonaten versuchsweise länger geöffnet sein, was die angespannte Nahrungssituation ein bisschen bessern dürfte – in der Umgebung des Südgeländes gibt es nicht wie in Erlangen oder Nürnberg die typische Innenstadtgastronomie.

Auf der anderen Seite konnte Meyer dem Bestreben nach mehr und besseren vegetarischen Speisen leider nicht in dem Maß entsprechen, wie einige Konventsmitglieder es sich gewünscht hätten. „Die Studenten stimmen mit den Füßen ab“ meinte Meyer, und bezog sich dabei darauf, dass Fleisch sich sehr gut verkauft.

Zu der mittlerweile kritischen baulichen Situation der Südmensa verwies Meyer auf fehlende Mittel der Landesregierung – und lud den Konvent zu einer Ortsbegehung ein. Dem werden wir gerne Folge leisten und uns wohl im Anschluß auch von studentischer Seite dafür stark machen, dass die Südmensa endlich saniert wird.

Studiengebühren – die Argumente

„Sozialer Ausgleich“ oder „sozial ungerecht“? Kaum ein Thema beschäftigte die Hochschulpolitiker in den letzten Monaten und Jahren mehr als die Einführung von Studiengebühren. Auf zahlreichen Podiumsdiskussionen wurde das Für und Wider oft emotional ausgetauscht.

Die wichtigsten Argumente, Pro von Kurt Höller (RCDS) und Contra von Matthias Fleischer (GHG):

Studienbeiträge sind für die Hochschulen echte Zusatzeinnahmen. Sie stehen als zusätzliche Mittel der Verbesserung der Studienbedingungen zur Verfügung. Dass die Erträge aus den Studienbeiträgen bei den Hochschulen bleiben und keine Kürzung der staatlichen Mittel an anderer Stelle erfolgt, stellt das im Mai von den bayerischen Hochschulen und der Staatsregierung unterzeichnete „Innovationsbündnis Hochschule 2008“ sicher.

Laut dem Eckpunktepapier des Kabinetts vom 20. Oktober 2005 kann die Hochschule die Studienbeiträge für jeden Studiengang gesondert festlegen. Dies stärkt die Hochschulen, lässt flexible Lösungen zu und unterstützt den Wettbewerb zwischen den Hochschulen. Zudem erhalten die Hochschulen die Möglichkeit, bis zu 10 % der Studenten für besondere Leistungen von der Beitragspflicht zu befreien.

Die Studenten profitieren infolge der Studienbeiträge unmittelbar zum Beispiel von mehr Kleingruppenveranstaltungen, einer intensiveren Fachstudienberatung, mehr Tutorien und einer besseren Ausstattung von Bibliotheken sowie längeren Öff-

nungszeiten. Zudem sieht der Gesetzesvorschlag vor, dass die Studenten bei der Entscheidung über die Verwendung der Einnahmen in angemessener Weise zu beteiligen sind.

Studienbeiträge sollen ein neues Verhältnis zwischen Studenten und Lehrenden an den Hochschulen begründen. Die soziale Abfederung der Studienbeiträge steht dabei im Vordergrund, denn jeder leistungsfähige junge Mensch muss studieren können.

Studenten werden ein zinsgünstiges Darlehen bei LfA oder KfW aufnehmen können. Nach dem bayerischen Konzept soll das Darlehen elternunabhängig, ohne Sicherheiten und ohne Bonitätsprüfung gewährt werden. Die Rückzahlung des Darlehens soll ein Jahr nach Studienende in monatlichen Raten möglich sein und davon abhängen, ob die Einkommen der Studenten nach dem Studium eine bestimmte Grenze erreichen. Außerdem setzt Bayern für BAföG-Empfänger eine Verschuldensobergrenze von insgesamt 15.000 Euro. Für das Ausfallrisiko der Darlehen für die Studienbeiträge bilden die Hochschulen einen „Sicherungsfonds“, der von der LfA verwaltet wird. Zum anderen sieht der Gesetzentwurf eine Befreiung von der Beitragspflicht vor, beispielsweise für Studenten mit eigenen Kindern, im Praktikums- oder Urlaubssemester sowie Promotionsstudenten und individuelle Härtefälle.

In der Einführung von 500 € Studiengebühren (plus 50 € Verwaltungsgebühren) pro Semester sehen wir, das Bündnis für freie Bildung an der FAU, einen weiteren Rückschritt im bereits maroden Bildungssystem Deutschland. Die Entwicklung der Hochschulbildung, weg von freier und gleicher Zugänglichkeit hin zu einem Konstrukt aus Angebot und Nachfrage, in dem Bildung zu konsumierbarer Ware werden soll, muss verhindert werden. Hochschulbildung wird hierbei auf einen Kosten-Nutzen-Faktor reduziert, was langfristig dazu führt, dass die Vielfalt der Studienfächer sowie deren Qualität leidet. Am Beispiel Österreich (hier wurden 2001 365 € pro Semester eingeführt) zeichnet sich dieser Trend bereits ab. Studierende verlangen mit Blick auf ein möglichst zügiges Bestehen der nötigen Prüfungen dementsprechend effiziente Vorlesungen. Sie „wollen jetzt schnell durchs Studium geschleust werden“, bemerkt Mitchell Ash, Professor für Wissenschaftsgeschichte in Wien und langjähriger Dozent in Harvard. Er verstehe unter Bildungsqualität etwas anderes.

Zudem werden Studierende, deren Elternhäuser die Kostenlawine nicht auffangen können, regelrecht dazu gezwungen, ihre Entscheidung – „studieren oder nicht studieren“ – davon abhängig zu machen, welcher finanzielle Erfolg für ihr Studienfach vage prognostiziert wird. Das Risiko der

Verschuldung trifft sowohl Studierende als auch die Hochschulen, die verpflichtet werden, die finanziellen Interessen der Kreditinstitute zu sichern. Im zukünftigen Wettbewerb um Studienplätze wird neben der Leistungsfähigkeit junger Menschen auch deren Finanzkraft zum Auswahlkriterium.

Studium bezahlbar oder nicht? Eine weitere, schwer überwindbare Hürde zwischen den sozio-ökonomischen Gesellschaftsschichten in Deutschland entsteht. Und betrachten wir den Anteil der Studierenden unter den SchulabgängerInnen, so stehen bereits heute 11 % aus niedrigen 81 % aus hohen sozialen Herkunftsgruppen gegenüber.

Dies sind nur wenige Aspekte von vielen, die zeigen: sozial verträgliche Studiengebühren gibt es nicht. Entgegen der Unkenrufe „Leerer Kassen“ ist hier der Staat in der Verantwortung, den Rückschritt im Bereich Bildung aufzuhalten, sowie freie und gleiche Bildung flächendeckend zu gewährleisten. Bildung beginnt im Kindergarten und darf in einer intakten Gesellschaft nicht abrupt enden.

Gremien, Kommissionen, Ausschüsse

Die studentische Mitbestimmung an unserer Uni auf einen Blick

Seit der Abschaffung der Verfassten Studierendenschaft im Jahr 1973 sind die Möglichkeiten der Mitbestimmung für Studierende deutlich eingeschränkt. Im wesentlichen beschränkt sich unsere Beteiligung auf die Mitwirkung in den Kollegialorganen, nämlich den Fachbereichsrat, den Senat und den erweiterten Senat, und verschiedenen Arbeitsgruppen, die für spezielle Themen in den Fakultäten oder von der Hochschulleitung eingerichtet werden. Darüber hinaus gibt es noch den Konvent, der sich ausschließlich aus studentischen Vertretern zusammensetzt. Bei den Hochschulwahlen werden direkt oder indirekt die Vertreter für all diese Gremien bestimmt.

Fachbereichsrat (FBR)

In jeder Fakultät gibt es einen Fachbereichsrat, geleitet von dem Dekan, mit 13 oder 26 weiteren Mitgliedern, je nach Größe der Fakultät. Zwei oder vier davon sind Studierende, und werden über die Liste in den FBR gewählt; der erstgewählte ist hierbei der Fachschaftssprecher.

Wenn eine Professur neu besetzt wird, erstellt das jeweilige Institut eine Berufungsliste mit den „Wunschkandidaten“ für die ausgeschriebene Stelle, und diese Liste muss im FBR bestätigt werden. Andere (zunächst) fakultätsinterne Themen wie zum Beispiel Probleme in der Lehre, die Verwendung von Studiengebühren oder die Einführung von Zulassungsprüfungen für einen Studiengang sind ebenfalls Themen, die im FBR behandelt werden.

Zwar haben die Studierenden rein rechnerisch nur ein kleines Stimmgewicht, an vielen Fakultäten hat sich jedoch eine positive Gesprächskultur zwischen Professoren, Mitarbeitern und den Studierenden im FBR entwickelt. Unsere Vertreter können aus eigener Kraft keine Abstimmung signifikant beeinflussen. Wie ernst ihr Votum genommen wird, hängt von der Stimmung in der jeweiligen Fakultät ab. Es gibt zwei mögliche Konstellationen, in denen die gewählten Studierenden dennoch eine wichtige Rolle spielen: An vielen Fakultäten wird das studentische Votum erfreulicherweise von den meisten FBR-Mitgliedern sehr ernst genommen, und bei Entscheidungen berücksichtigt. Als zweite Möglichkeit bleibt noch auszunutzen, dass viele Professoren untereinander oft Zwistigkeiten pflegen, und so manchmal unsere Vertreter bei strittigen Fragen den Ausschlag geben können.

Senat

Der Senat ist ein universitätsweites Gremium, das in Analogie zum FBR arbeitet, mit vier Vertretern der Studierenden. Die Berufungslisten der Fachbereiche werden hier nochmals vorgestellt und genehmigt, für die Einrichtung von Studiengängen oder Änderungen der Prüfungsordnungen ist ebenfalls ein Senatsbeschluss nötig. Sollte in der Amtszeit des Senats die Amtszeit des Rektors oder der erweiterten Hochschulleitung auslaufen, schlagen die Mitglieder des Senats dem erweiterten Senat einen Nachfolger vor.

Im Senat werden fast nur Beschlussvorlagen behandelt, die eigentliche Arbeit fand bereits auf den unteren Ebenen statt. Insofern kann man nicht erwarten, dass dort noch „Revolutionen“ stattfinden. Unsere Beteiligung in diesem Gremium ist also häufig auf eine Kontrollfunktion beschränkt.

Diesen Juli zum Beispiel muß die Satzung für die Erhebung und Verteilung von Studiengebühren durch den Senat beschlossen werden. Hierbei kann man davon ausgehen, dass die studentischen Senatoren diese sehr genau durchlesen und dazu auch Stellung beziehen werden.

Erweiterter Senat

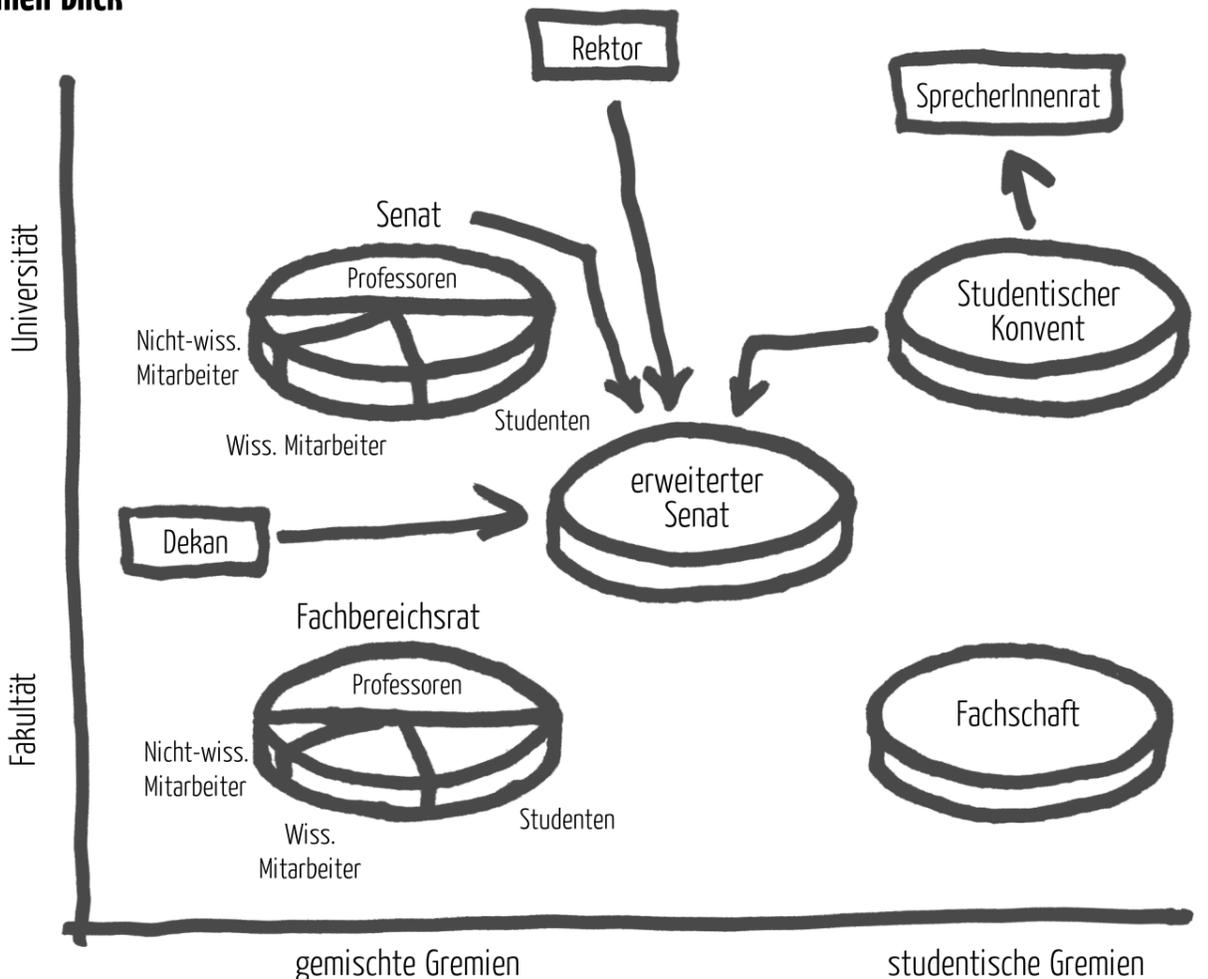
Der erweiterte Senat tritt sehr selten zusammen, und wenn, dann immer als Ergänzung zum Senat. Solche Gelegenheiten sind die Wahl des Rektors und der erweiterten Hochschulleitung, Änderungen der Grundordnung und der Satzung der Universität. Dem erweiterten Senat gehören (neben den vier Studierenden aus dem Senat) vier weitere Studierende an.

Studentischer Konvent

Über die Wahlliste für den erweiterten Senat wird auch die Zusammensetzung des studentischen Konvents bestimmt. In diesem Gremium sitzen ausschließlich Studierende, und kümmern sich um allgemeine studentische Belange, wie zum Beispiel die Förderung des Arena-Festivals, aber auch um aktuell sehr wichtige Themen wie die Einführung von Studiengebühren. Hierzu müssen die Studierenden Stellung nehmen, und den Sprecherrat beauftragen, ihre Positionen zu vertreten und nach Möglichkeit durchzusetzen. Im Konvent sitzen zur Zeit 28 Studierende aus verschiedenen Fraktionen; namentlich die FSIen, der RCDS, Grüne, Jusos, Julis, die Bunte Linke Liste und die AIFa-Liste. Die Sitzungen des Konvents sind eigentlich nicht öffentlich, wurden aber in den letzten zwei Jahren stets durch einen entsprechenden Beschluss für alle Studierenden frei zugänglich gemacht. Zur Erreichung seiner Ziele steht dem studentischen Konvent ein eigener Haushalt zur Verfügung, über den gemäß den allgemeinen Regeln der Universität der Sprecherrat auch jährlich Rechenschaft ablegen muss.

Sprecherrat

Zur Leitung der Geschäfte des Konvents werden vier der Mitglieder in den Sprecherrat (Sprat) gewählt. Zusammen mit dem oder der Vorsitzenden des Konvents führt der Sprat die Beschlüsse des Konvents aus und dient als Anlaufstelle in der Studierendenvertretung. Umgekehrt kann der Sprecherrat auch Anträge in den Konvent einbringen, die dann dort verhandelt werden, und unter Umständen wieder in einer Weisung an den Sprecherrat enden.



Kommissionen

Sowohl auf fakultäts- wie auch auf universitätsebene gibt es eine Reihe von Kommissionen, die sich mit speziellen Themen befassen und ihrem beauftragenden Gremium hierfür Lösungsvorschläge unterbreiten, wie zum Beispiel die Kommission für Lehre und Studium, oder der Wahlausschuss und der Rechnungsprüfungsausschuss. Darüber hinaus sitzt zum Beispiel ein studentischer Vertreter im Verwaltungsrat des Studentenwerks.



Fachschaft

Aus den Wahlen zum Fachbereichsrat geht die Zusammensetzung der Fachschaft hervor. Diese hat mindestens sieben Mitglieder, und beschließt den Haushalt der Studierenden in der Fakultät. Dieser ist wesentlich bescheidener als die Mittel, die dem Konvent zur Verfügung stehen, und dient hauptsächlich dazu, die laufende Arbeit der Mitglieder der Fachschaft mit Arbeitsmitteln zu unterstützen, und Projekte zu fördern, die allen Studierenden der Fakultät zu Gute kommen. Darüber hinaus ist die Fachschaft eine gute Kommunikationsbasis für die Vertreter der verschiedenen Studiengänge auf Fakultätsebene.

Keiner kennt sich aus

Eine kurze Erläuterung zum Wahlsystem der Hochschule

Am Wahltag erhält jeder Studierende drei Wahlzettel – für den Fachbereichsrat, den erweiterten Senat und den Senat.

Auf allen drei Zetteln sind die Kandidaten auf Listen aufgeteilt. Die Wahl erfolgt nach dem System von d'Hondt, das heißt unter anderem, dass die Sitze nach einem speziellen Verfahren auf die Listen aufgeteilt werden, wobei nur die Gesamtzahl der Stimmen für die jeweilige Liste zählt. Nachdem geklärt ist, wie viele Kandidaten von jeder Liste in das jeweilige Gremium kommen, werden die Vertreter bestimmt, die auf der Liste die meisten Stimmen erhalten haben.

Die Wahlbeteiligung war in den vergangenen Jahren ziemlich niedrig – an den meisten Fakultäten zwischen 10 und 20 Prozent der Studierenden. Diese Angaben beziehen sich natürlich auf die Gesamtzahl der immatrikulierten Studierenden – Diplomanden und Leute in Außenstellen miteinbezogen, für die der Gang zur Wahl einen höheren Aufwand darstellt als für diejenigen, die – wie zum Beispiel viele Studierende der technischen oder wirtschafts-

und sozialwissenschaftlichen Fakultät – im Wesentlichen in einer Gebäudegruppe studieren, und dort auch wählen.

Für den Fall, dass an dem Dienstag der Wahl das Wahlbüro für Studierende eines Semesters schlecht zu erreichen ist, gibt es auch die Möglichkeit der Briefwahl. Die Unterlagen hierfür kann man beim Kanzler über den Postweg anfordern, hierbei muss die Wahlbenachrichtigung, die bei der Immatrikulations- oder Rückmeldebescheinigung zum Sommersemester beilag, sowie ein unterschriebener (formloser) Antrag bis zum 13. Juni eingereicht werden. Wenn man die Unterlagen persönlich abholt, kann das noch bis zum 20. Juni geschehen.

Eine höhere Wahlbeteiligung ist den Vertretern eine deutliche Hilfe in den Gremien, da die Legitimation der Studierenden gemeinsam mit der Wahlbeteiligung steigt. Deshalb ist jeder aufgefordert, sich über die Gruppen, die zur Wahl antreten, zu informieren, und am 27. Juni dann auch – entweder persönlich, oder über die Briefwahl – sein Votum abzugeben.

Uniradio Unimax

Das Radiomagazin der FAU sendet zweimal wöchentlich

Die Zeit drängt im Tonstudio des Uniradios „unimax“, in einer Stunde, um 18 Uhr, ist Redaktionsschluss. Redakteur David Müller bleibt dennoch ruhig: „Ich muss nur noch kurz die Lautstärke angleichen, dann bin ich fertig.“ Er produziert gerade eine Stunde Sendung für das Universitätsradio. Vor kurzem ist er für ein Interview mit der schottischen Band „Mogwai“ extra in die bayerische Landeshauptstadt gefahren, um mit ihr zu sprechen und das Konzert zu besuchen. Aus dem Interview kreiert er, garniert mit der Musik der Gruppe, einen so genannten „Plattenteller“. Dieser ist nur eines von vielen Formaten des Radios. Bekannte und berühmte Bands werden hier interviewt, so zum Beispiel auch Placebo und Metallica.

David Müller engagiert sich mittlerweile seit vier Semestern für den Sender, der ausschließlich von Studierenden der FAU getragen wird. „Am besten gefällt mir, dass man einen genauen Einblick in die Radioarbeit bekommt. Von der Recherche bis zur fertigen Produktion wird alles in Eigenregie erledigt, deshalb habe ich auch schon sehr viel gelernt.“ Außerdem sei die Offenheit des Teams toll, alle zögen an einem Strang. Neue Gesichter seien dabei jederzeit willkommen: „Infos zum Mitmachen gibt es auf www.uniradiounimax.de“, sagt der Student der Theater- und Medienwissenschaften.



Foto: Michael Galle

Seit nunmehr acht Jahren ist „unimax“ regelmäßig auf Sendung, am Mittwoch von 22 bis 24 Uhr und am Sonntag von 12 bis 14 Uhr. Gesendet wird dabei auf den Frequenzen des Nürnberger Senders „afk max“, der in Erlangen auf der Frequenz 106.2 und in Nürnberg und Fürth auf der 106.5 zu empfangen ist. Mitmachen kann jeder, der Interesse am Radio und journalistischem Arbeiten hat, vorausgesetzt, er ist Student der FAU Erlangen-Nürnberg.



Mittlerweile ist es fünf Minuten vor 18 Uhr und David Müller nimmt die CD aus dem Brenner, auf die er seinen „Plattenteller“ gebannt hat. Gerade so ist er fertig geworden, nun muss er sein Werk nur noch nach Nürnberg zu „afk max“ bringen.

4. Erlanger Hörkunstfestival

10. - 12. November 2006 im Theater Erlangen

Es brummt, es tönt, es summt, Klänge wandern, vervielfältigen sich und umrunden das Publikum. Ein Wochenende lang regieren Geräusche und Töne im Erlanger Markgrafentheater. Alle zwei Jahre findet das Erlanger Hörkunstfestival statt, das einer etwas unbekannteren Kunstform – der Hörkunst – Aufführungsmöglichkeiten bietet. Von Hörtheater über Performances, Raumklangkompositionen, Klanginstallationen bis hin zu elektroakustischer Musik – das Spektrum der Hörkunst ist breit und vielfältig. Das verbindende Element ist das akustische Material, das bei allen Aufführungen im Mittelpunkt steht.

Rund 15 Live-Aufführungen gibt es an dem Wochenende zu sehen und zu hören, präsentiert von Künstlern aus dem gesamten deutschsprachigen Raum und diesmal auch aus Osteuropa. Denn erstmalig wird es im „Forum Osteuropa“ zu einer Begegnung von deutscher und osteuropäischer Hörkunstkultur kommen. Und nicht nur das: In der „Reihe Radiokunst“ kommen experimentelle Hörspielproduktionen verschiedener Rundfunkanstalten zur Aufführung, eine Label- und Verlagsbörse lädt zum Stöbern ein und in der HörBar kann man sich genüsslich ein selbst gewähltes Hörspiel anhören.

Auch die Wissenschaft kommt nicht zu kurz. Auf dem Symposium werden Referenten zu ausgewählten Bereichen der Hörkunst sprechen, außerdem gibt es Vorträge und eine Podiumsdiskussion zum Thema „Hörkunst und Internet“. Den studentischen Organisatoren ist neben künstlerisch hochwertigen Aufführungen vor allem eines wichtig: Dass über die Hörkunst diskutiert wird und sich Künstler, Besucher, Wissenschaftler und Rundfunkredakteure untereinander austauschen können.

Denn so einfach lässt sich die Hörkunst nicht in Schubladen stecken. Sie ist ständig im Fluss, sprengt immer wieder ihre eigenen Grenzen – und lädt so zu immer neuen Entdeckungsreisen in die Welt des Klangs ein.



Mehr Infos unter: www.hoerkunst.de / Helfer willkommen, Kontakt unter: info@hoerkunst.de

TERMINE

- 19.6. Öffentliche Konventssitzung zur Gebührensatzung um 18h im Kollegienhaus, Saal 2.020
- 20.6. Deadline für die persönlichen Abholung der Briefwahlunterlagen, Halbmondstr. 6
- 22.6. „Generation Praktikum – Problem oder Chance?“ von der FSI Politikwissenschaft im Kollegienhaus, Raum 2.012
- 22.6. TechFak-Sommerfest von 11h bis Mitternacht am Südgelände (zwischen RRZE und E-Technik), bei schlechtem Wetter am 27.6.
- 27.6. Hochschulwahl
- 14.7. IronChem Triathlon der Chemie ab 14h am Dechsendorfer Weiher, ab 19h Sommerfest der Chemie am Südgelände (roter Platz)
- 19.7. / 26.7. Beschluss der Gebührensatzung der FAU in der Senatssitzung im Schloß 14.30h; die Sitzungen sind nicht öffentlich

ARENA-Festival

6. bis 11. Juli 2006 in Erlangen

Vor nun bereits 16 Jahren begann ARENA, die damalige „Internationale Woche des JungenTheaters“ zum kulturellen Leben in Erlangen beizutragen. 1989 wagte sich eine Gruppe junger Studenten der Theater- und Medienwissenschaften an die schwierige Aufgabe, ein internationales Studententheatertreffen zu organisieren und damit an das Studententheater der 60er- und 70er-Jahre anzuknüpfen. Eine besondere Bedeutung spielte ARENA seit jeher

Nach wie vor jedoch wird das ARENA-Festival durch eine kleine Gruppe ehrenamtlich tätiger Studenten verwirklicht, die sich neben ihrem Studium um Planung, Finanzierung, Organisation und Durchführung des Festivals kümmern. Jedes Jahr setzt sich das ARENA-Team neu zusammen und organisiert in eigener Verantwortung von der Auswahl der Gruppen über das Gewinnen von Sponsoren bis zur Ausstattung der Spielorte alles selbst; teils aufbauend auf dem Wissen der Vorgänger, teils geleitet durch eigene Ideen und Vorstellungen. ARENA bietet Studenten, die Interesse und Freude an Kultur und internationalem Austausch haben, zudem die Möglichkeit, im Rahmen eines Praktikums im Eventmanagement Erfahrungen zu sammeln.



Daneben tritt ARENA jedes Jahr auch selbst als Theaterproduzent auf: Das ARENA-Team

hat die Möglichkeit, selbst eine Gruppe auszuwählen, mit der sie für das nächste Festival eine Koproduktion erarbeitet. Auf diese Weise entstanden bereits 14 internationale Koproduktionen, unter anderem mit Russland, England und Brasilien.

für Künstler aus Osteuropa, für die das Festival nach der Wende die erste große westeuropäische Plattform für osteuropäisches (Studenten-)Theater darstellte und somit die Möglichkeit zur künstlerischen Kommunikation bot. Auch heute noch sind Künstlergruppen aus dem Osten Europas häufige und gern gesehene Gäste des ARENA-Festivals. Doch auch für deutsche Gruppen bietet das ARENA-Festival die ideale Möglichkeit, die eigene Arbeit publik zu machen und Kontakte zu anderen nationalen oder internationalen Projekten oder Künstlern zu knüpfen.

Seit 2005 präsentiert sich „Die internationale Woche des JungenTheaters“ als ARENA...der jungen Künste, und stellt sich damit der Herausforderung, neben modernem Theater auch andere performative Künste wie z.B. Videoinstallationen oder unkonventionelle Lesungen ins Festivalprogramm miteinzugliedern und Menschen aus unterschiedlichen Kulturen, sozialen Hintergründen und Disziplinen für ein gemeinsames Projekt zu begeistern.

Der Kontakt der Künstler untereinander und der intensive Austausch mit den Zuschauern bleibt dabei wichtigster Aspekt des Festivals. Viele Kontakte (nicht nur auf künstlerischer Basis), die durch ARENA zu Stande gekommen sind, bestehen noch heute und sind von einer künstlerisch-kreativen Ebene längst zu einem persönlich-freundschaftlichen Verhältnis übergegangen. Eine Reihe von Inszenierungsgesprächen, Workshops und Vorträgen, sowie diverse Parties und das Festivalcafé als Treffpunkt für Darsteller und Publikum tragen zur Reflexion und dem lebendigen Meinungsaustausch zwischen Künstler und Zuschauer, Jung und Alt, Schauspieler oder Tänzer bei.

Mehr Infos unter: www.arena-festival.de

Für die Inhalte der FauNa ist verantwortlich:

Sprecherrat der FAU Erlangen Nürnberg
Turnstr. 7 / 91054 Erlangen
sprecherrat@rzmail.uni-erlangen.de

V.i.S.d.P.: Christian Rieß
Redaktion: Florian Braunreuther, Julia Baßler,
Hansi Schmidt, Lisa Meintker, Christian Rieß

IMPRESSUM

Layout: Johannes Jordan
Druck: Aurach Druck, Frauenaarach
Auflage: 5000 Exemplare